

# Antwort der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V.

## **1. Welchen Stellenwert messen Sie Social Entrepreneurship grundsätzlich bei der Bewältigung unserer aktuellen und künftigen sozialen und ökologischen Probleme bei?**

Die Förderung von Social Entrepreneurship sollte zu einer zentralen Aufgabe der  
Wirtschaftspolitik werden.

## **2. Planen Sie, Social Entrepreneurship künftig stärker zu unterstützen? Auf welche Weise?**

DIE LINKE unterstützt soziale Unternehmen, gemeinnützige Organisationen,  
Genossenschaften und Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der  
Belegschaft stehen. Das Gesellschafts- und Steuerrecht sollte den Besonderheiten  
dieses  
gemeinwohlorientierten Unternehmertums gerecht werden. Denkbar ist auch, dass  
soziale Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in bestimmten Fällen  
bevorzugt werden. Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in  
wirtschaftlichen Krisen müssen (sofern die Belegschaften dieses befürworten) in Form  
von kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden. Beim Verkauf von  
Unternehmen müssen die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht  
erhalten.

## **3. Planen Sie eine Unterstützung bestehender und / oder den Aufbau neuer Finanzierungsinstrumente für Social Entrepreneurship? Welche?**

DIE LINKE will einen Zukunftsfonds einrichten, um den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, die Gründung von Genossenschaften, die Übernahme von Betrieben in kollektives Belegschaftseigentum und regionale Wirtschaftsstrukturen zu fördern. In den Leitungsgremien, die über Investitionsmittel entscheiden, sollen neben Vertretern des Bundes zur Hälfte Gewerkschaften, Umweltverbände und Akteure gemeinwohlorientierter Ökonomie vertreten sein.

Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir re-kommunalisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Re-Kommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen Re-Kommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch eine Re-Kommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad neu erfunden werden muss.

#### **4. Welche konkreten Schritte planen Sie, um sich bei der Umsetzung staatlicher Aufgaben für den Innovationsgeist von Social Entrepreneurs zu öffnen?**

DIE LINKE will die milliardenschwere Innovations- und Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte außeruniversitäre Forschung, strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders soziale Innovationen wichtig. Wir wollen diese Forschungslandschaft stärker mit der Arbeit der Hochschulen verknüpfen.

## **5. Planen Sie Maßnahmen, um die Sichtbarkeit von Social Entrepreneurship zu erhöhen?**

### **Welche?**

Die Sichtbarkeit von Social Entrepreneurship wird sich deutlich erhöhen, wenn – wie DIE LINKE es fordert – soziales Unternehmertum, gemeinnützige Organisationen und Genossenschaften einen deutlich größeren Anteil an den wirtschaftlichen Aktivitäten haben. Für Eigenwerbung im engeren Sinne ist die Sozialwirtschaft selbst verantwortlich.

## **6. Planen Sie, Ressourcen zur Messung der Wirkung von Social Entrepreneurship zur Verfügung zu stellen?**

### **Verfügung zu stellen?**

Selbstverständlich sollte die Wirksamkeit von Social Entrepreneurship evaluiert werden. Das gilt insbesondere dann, wenn öffentliche Fördergelder bereitgestellt werden.

## **7. Planen Sie, die Lehre und Forschung zu den Thema Social Entrepreneurship zu fördern? Wie?**

Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

DIE LINKE fordert eine Open-Science-Kultur sowie bedürfnis- und teilhabeorientiertes wissenschaftliches Arbeiten. Wir fordern außerdem die Verankerung von Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen. Forschung und

Wissenschaft müssen viel mehr als bisher zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen beitragen.

## **8. Planen Sie Maßnahmen, um Gründungen von Social Entrepreneurs zu fördern?**

### **Welche?**

Ja. DIE LINKE will Gründungen von Social Entrepreneurs mit einem Zukunftsfonds und einem Rekommunalisierungsfonds fördern (siehe Antwort auf Frage 3). Darüber hinaus wollen wir die bestehende Wirtschafts- und Gründungsförderung stärker auf soziale und ökologische Zwecke ausrichten.

## **9. Planen Sie Maßnahmen, um Talente für den Bereich Social Entrepreneurship zu gewinnen? Welche?**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Schulen und Universitäten wesentlich mehr als bisher soziales und ökologisches Engagement fördern, entsprechende Kenntnisse vermitteln und in diesem Sinne handeln. An den Hochschulen orientieren sich Lehre und Forschung immer stärker an wirtschaftlicher Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen ein vielfältiges Angebot und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift.

## **10. Planen Sie Änderungen am Stiftungsrecht, insbesondere hinsichtlich des Kapitalerhalts und satzungsgerechter Risiken bei der Anlageverwaltung, die es Stiftungen ermöglichen, aus dem eigenen Kapitalstock in Sozialunternehmen und/oder entsprechende Fonds zu investieren (Stichwort "mission-related investments")?**

Gegenwärtig plant DIE LINKE keine der genannten Änderungen des Stiftungsrechts.

**11. Planen Sie Ansprechpartner in Ministerien/ eine Koordinierungsstelle/ einen ständigen Unterausschuss des Bundestags zu Social Entrepreneurship einzurichten?**

Neue Institutionen können sinnvoll sein. Aber in erster Linie geht es um eine Re-Orientierung des Mitteleinsatzes. Die Bundesregierung gibt Milliarden für Wirtschaftsförderung aus. DIE LINKE will die Wirtschaftsförderung demokratischer gestalten und verbindliche Anforderungen setzen: gute Arbeit und Löhne, Tarifverträge, ökologisch sinnvolle Produktion und die Förderung solidarischer Ökonomie. Dies muss auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge gelten.